



**Zeitung der Fraktionen und  
des Kreisverbandes DIE LINKE  
in der Städteregion Aachen**

**Aus den Kommunen  
Zeit sich einzumischen  
SEITE 5**

**Beilage Kreisverband DIE LINKE  
Städteregion Aachen  
SEITE 6/7**

**Nr. 2 - Mai/Juni 2011  
1. Jahrgang  
www.wir-online.org**



### Die Zeit drängt: Mindestlohn statt Lohndumping!

Ab 1. Mai 2011 droht jetzt eine neue Runde des Lohndumpings. Die noch geltenden Einschränkungen im Rahmen der europäischen Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit fallen am 1. Mai fast vollständig weg. Unternehmen können dann auch Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa zu Niedriglöhnen einsetzen, wie sie in den jeweiligen Herkunftsländern gelten. Davor schützt nur der flächendeckende Mindestlohn und das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort".

### ...Notizen aus der Provinz...



Der mittelalterliche Stadtkern von Monschau mit seinen kleinen, verwinkelten Gassen zieht seit jeher Touristen aus aller Welt an. Damit dies

auch so bleibt, wird die Fassadengestaltung seit jeher in einem Ortsstatut geregelt. Alle beweglichen Gegenstände sind in einer Sondernutzungssatzung regle-

mentiert und bedürfen der Genehmigung des örtlichen Ordnungsamtes.

Die Geschäftsinhaber und Gastronomen haben sich in der Vergangenheit im Großen und Ganzen an die Vorgaben gehalten, wenn auch zum Teil äußerst großzügig ausgelegt. Doch es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn's dem bösen Nachbarn nicht gefällt...

*Fortsetzung Seite 3*

## Energiewende europäisch

Bundesregierung beim Wort nehmen, EU-Förderung nutzen



**Mit Hilfe ihrer Strukturfonds unterstützt die Europäische Union seit Jahrzehnten die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Regionen in ihren Mitgliedstaaten.**

mehr Zentralisierung auf europäischer Ebene. So wünscht sich die Kommission, zukünftig die Schwerpunkte für die Förderung in den Mitgliedstaaten zentral in Brüssel festzulegen.

Zusätzlich verfolgen die Regierungen der Mitgliedstaaten in ihren Ländern sowie über ihre Europapolitik einen Kurs harter Sparpolitik zulasten der Menschen, damit sie die Schulden der Banken bezahlen können.

DIE LINKE im Europäischen Parlament setzt sich dafür ein, dass auch weiterhin die Regionen entscheiden, welches ihre Förderprioritäten sind. Denn nur vor Ort kennt man die Bedürfnisse und Möglichkeiten. Bei den Fördermitteln darf auch nicht gekürzt werden - von der EU nicht, aber auch nicht von den Mitgliedstaaten oder den Bundesländern. Denn die regionale Förderpolitik ist zum einen Ausdruck gelebter europäischer Solidarität. Zum anderen kann sie genau den "europäischen Mehrwert" herstellen helfen, den Bürgerinnen und Bürger von der Mitgliedschaft ihres Staates in der EU erwarten. Gerade in Krisenzeiten.

**Lothar Bisky,**  
Vorsitzender der Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament

Sie setzt dabei bisher darauf, dass die Regionen selbst die für sie sinnvollen Vorschläge erstellen: In Deutschland erstellen die Bundesländer für jede Förderperiode operationelle Programme, anhand derer sie EU-Fördermittel beantragen und an Kommunen und Unternehmen verteilen wollen.

NRW hat sich zum Ziel gesetzt, die 1,3 Milliarden EFRE-Gelder, die es für die Jahre 2007 bis 2013 erhält, unter anderem zur "Verbesserung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Lebensbedingungen in städtischen Problemgebieten zu nutzen". Damit gibt es die Möglichkeit, gezielt Projekte - sogar grenzübergreifende Projekte - zur Nutzung erneuerbarer Energien zu unterstützen und so dem Ziel einer Energiewende in Europa näher zu kommen. Das kommt nicht nur dem Schutz der Umwelt zugute, sondern kann auch nachhaltig Arbeitsplätze schaffen. Leider gibt es auch im Rahmen der Verhandlungen über die kommende Förderperiode ab 2014 die Tendenz zu

## Regionale Arbeitsmarktpolitik in der Region Aachen

**Der Arbeitsmarkt in der Region Aachen ist seit Jahrzehnten durch den Strukturwandel gekennzeichnet. War es früher der Niedergang von Bergbau und Schwerindustrie, ist es heute der wachsende Anteil des Niedriglohnssektors, in erster Linie im Bereich der Dienstleistungen, einerseits und die zunehmende Bedeutung der Hochschulen und damit verbundener Unternehmensgründungen im High-Tech-Bereich andererseits.**

### Trends in der Region

Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Jahren deutlich ge-

sunken - in der Städteregion von 34.334 im März 2005 auf 26.566 im März 2011. Aber neben der damit verbundenen statistischen Kosmetik beunruhigt der immer noch hohe Bestand an Langzeitarbeitslosen sowie der große Anteil an geringfügig im Vergleich zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Von den geringfügig Beschäftigten (insgesamt 62.467 im Juni 2010!) sind ca. 60% ausschließlich auf Erwerbseinkommen aus Mini- und Midijobs angewiesen, nämlich 39.064 Personen.

*Fortsetzung Seite 4*

## Gevatter Tod mit der Lizenz zum Gelddrucken

oder

**Wie wir alle die tickenden Zeitbomben auch in unserer Nähe verdrängen**



**Atomkraftwerke sind tickende Zeitbomben. Es ist nur eine**

Frage der Zeit wann sie explodieren. Was in Japan geschieht, kann auch jederzeit (!) die StädteRegion Aachen treffen.

**Denn gleich um die Ecke spielt die belgische Electrabel Russisch Roulette.**

Tihange, Belgien: Der Atomtod lauert Luftlinie 63 Kilometer von Aachen:

*Fortsetzung Seite 5*





# Das „Zukunftsmodell“ Schwarz-Grüner Personalpolitik

**Eineinhalb Jahre nach der Kommunalwahl lassen CDU und Grüne nun Stück für Stück die Katze aus dem sprichwörtlichen Sack. In Aachens Verwaltung soll immer mehr Personal eingespart werden, allerdings – so wird versichert – bei gleich bleibendem Service für die Bürger.**

Hinter dieser Maßnahme steckt Berechnung, setzt man doch auf das weit verbreitete Vorurteil, dass in der Stadtverwaltung viel zu viele Menschen viel zu wenig Arbeit tun. Jedoch zeigt die Realität eine Erhöhung des Arbeitsvolumens für den einzelnen Mitarbeiter mit Aufgabenerweiterung, bedingt durch massiven und forcierten Stellenabbau.

Und so bieten sich bei der Frage – wie das Schwarz/Grüne Personal-konzept funktionieren soll – 2 mögliche Varianten an:

► Möglicherweise baut die Ratsmehrheit darauf, dass Wählers Gedächtnis kurz ist und verkündet nach einiger Zeit, dass auch der Bürger seinen Anteil bei den Einsparungen leisten muss, etwa durch kürzere Öffnungszeiten oder stärkere Nutzung der städtischen

Internetseiten anstelle von persönlicher Beratung.

► Denkbar ist aber auch, dass man den Plan, viele weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes zu privatisieren, bereits in der Schublade hat. Zwar wird auch diesbezüglich bekundet, Privatisierungen seien zunächst nicht geplant – bitte beachten Sie hier jedoch besonders die sprachlichen Feinheiten.

Die Absicht der Stadt weniger auszubilden, konnte glücklicherweise durch einen einstimmigen Beschluss im Personal- und Verwaltungsausschuss am 6.4.2011 – verhindert werden.

Darüber hinaus haben wir einen Ratsantrag "Ausbildungsinitiative Aachen" gestellt. Die Erkenntnis, dass Ausbildung sich auszahlt, kann nicht nur verbal bei anderen eingefordert werden.

**Wir fordern: Die Stadt soll mit gutem Beispiel vorangehen. Unsere Ausbildungszahlen müssen erheblich nach oben korrigiert werden!**

Erfreulich ist auch, dass – wie von uns beantragt – die Sozialraumteams nun endlich doch um weitere 10,5 Stellen aufgestockt werden.

Dass DIE LINKE Recht hat erschließt sich der Ratsmehrheit zu häufig nur mit großer zeitlicher Verzögerung, so war es beim Sozialticket und auch bei der vierten Gesamtschule. Mehr als ein halb-

**Ausbildung zahlt sich aus**

es Jahr nach unserem Antrag im Personal- und Verwaltungsausschuss hat die Verwaltungsleitung schließlich zugeben müssen, dass der im September 2010 berechnete Mehrbedarf zutrifft.

23 Mitarbeiter/innen hatten im letzten Jahr Überlastungsanzeigen gestellt, weil sie sich personell nicht mehr in der Lage sahen, ih-



rer verantwortungsvollen Aufgabe in vollem Umfang gerecht werden zu können. Das zuständige Fachamt rechnete aus, dass im Bereich Sozialarbeit 18 weitere Stellen dringend notwendig seien. CDU, Grüne und FDP waren allerdings der Ansicht, dass man nur 7,5 neue Stellen einrichten müsse, der weitere Bedarf sollte intensiv geprüft werden. Unserem Antrag – auf sofortige Besetzung der 18 Stellen – stimmte damals nur die SPD zu.

So vergingen viele Monate, die uns veranlassten, das Thema am 22.2.2011 noch einmal auf die Tagesordnung des Personal- und Verwaltungsausschusses zu setzen. In einem Sachstandsbericht wollten wir wissen, wie weit die Prüfung des Mehrbedarfs gediehen sei, schließlich muss auch die intensivste Prüfung irgendwann einmal zu einem Ergebnis kommen.

Zwar versuchte die Ratsmehrheit mit hanebüchenen Argumenten die Einrichtung der Stellen auf nur 2 Jahre zu begrenzen, aber auch dies konnte erfolgreich verhindert werden.

**Elle Begolli,**  
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

## Teil 2 Dicke Lügen: „Wer krank wird, hat ungesund gelebt. Jeder ist seines Glückes Schmied. Mit Zuzahlung wird Eigenverantwortung gestärkt.“ Die Wahrheit sieht anders aus.



**Der größere Teil der Gesundheitsrisiken ist mit noch so viel eigenverantwortlichem Handeln nicht beeinflussbar. Das persönliche Krankheitsrisiko ist abhängig von vielen Faktoren, wobei Lebensumstände aber auch das Ausmaß der Einkommensunterschiede in der Gesamtgesellschaft die größte Rolle spielen.**

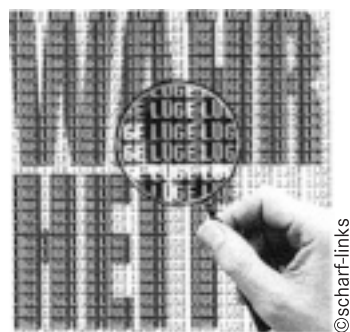
Gerade bei Gesundsein und Krankheit ist niemand seines Glückes Schmied. Einkommen, Wohnsituation, Schulbildung, Umweltbedingungen, Lärm und Ernährung haben nachweislich größeren Einfluss auf Gesundheit als persönliches Verhalten. Traurige Wahrheit für Einkommenschwächere ist: „Armut macht krank und Krankheit macht arm“.

Um diesem Teufelskreis zu entkommen, bedarf es einer gerechten, frühzeitigen und nachhaltigen Gesundheitsförderung, damit Menschen erst gar nicht krank werden. Des Weiteren brauchen wir wirksame Vorbeugung gegen Krankheitsrisiken und hierzu endlich auch ein Präventionsgesetz,

Auch große Einkommensunterschiede in der Bevölkerung führen nachweislich zu gesundheitlichen und sozialen Problemen wie:

- schlechtere Gesundheit und geringere Lebenserwartung
- psychische Erkrankungen, Drogenkonsum, Fettleibigkeit
- Ungleichheiten im Bildungsbereich
- Teenagerschwangerschaften
- mehr Gewalt und höhere Raten an Tötungsdelikten.

wie es unsere europäischen Nachbarländer seit langem haben.



Eine Politik, die gesundheitliche Leistungen verknüpft mit dem Zwang zu Zuzahlungen, Sonderbeiträgen und Vorkasse beim Arzt ist unsozial und gesundheitsschädlich. Sie bestraft Menschen, die gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind, ohne dass sie diese Risiken selbst vermeiden können.

Diese Probleme können zwei- bis zehnfach höher sein als in Gesellschaften, Regionen oder Kommunen mit geringeren Einkommensunterschieden. Demnach könnten theoretisch Menschen, die beispielsweise im Aachener Süden wohnen bis zu zehn Jahre länger leben als diejenigen im Aachener Osten.

Tiefe sozioökonomische Gräben in der Bevölkerung wirken in allen Schichten der Gesellschaft als Stressfaktoren auf Psyche und Gesundheit. Entsolidarisierung mit Machtausübung, Unterwerfung, Konkurrenz und Verlust an sozialen Kontakten sind der Preis profitorientierter Gesundheitspolitik.

Falsche Propaganda wie „Wer krank ist, hat ungesund gelebt“ gibt jedem selbst die Schuld. Zu-

gleich wird immer mehr Leistungserwartung für eine gigantische Ausweitung des Gesundheitsmarktes geschürt. Konzerne der Medikamenten- und Medizingeräteindustrie beherrschen die Politik. Aus diesem Pulverfass ist nichts Gutes zu erwarten. Nebenwirkungen wie zunehmende Ärztefehler, schädigende Medikamente, erfundene Krankheiten (z.B. Schweinegrippe-Pandemie) und Korruption werden billigend in Kauf genommen.

Krankheit ist ohne demokratische Gesundheitspolitik nicht heilbar! In der StädteRegion Aachen können wir alle gemeinsam mit Sozialverbänden, Vereinen, Initiativen, Selbsthilfegruppen u.v.a. Einfluss nehmen. Die Zivilgesellschaft ist vielleicht ohne Macht, nicht aber ohne Einfluss.

**Helga Ebel,**  
Sachkundige Bürgerin  
im Städtereionstag Aachen

Fortsetzung in der nächste Ausgabe von WIR: Die nächste dicke Lüge „Immer mehr alte Menschen machen das Gesundheitswesen unbezahlbar.“



## DIE LINKE HERZOGENRATH erfolgreich !



**Es war schon eine kleine Sensation, als DIE LINKE bei der Kommunalwahl 2009 mit 6,6 Prozent der Stimmen den Einzug in den Stadtrat von Herzogenrath schaffte und seitdem mit 3 Stadtverordneten im Rat vertreten ist.**

Durch den Einzug in den Stadtrat ergab sich eine Patt-Situation, die alleine durch die „Bürgermeisterstimme“ veränderbar war. DIE LINKE wurde in Herzogenrath mit Argwohn und großem Misstrauen vor allem von der CDU beäugt, fürchtete man doch den Einzug von Kommunisten mit „Bärenfellmützen“.

Frühzeitig wurde man von SPD und BÜNDNIS 90 / GRÜNE zu einem ersten Sondierungsgespräch eingeladen, um festzustellen welche Möglichkeiten sich ergeben, in Herzogenrath vereint Kommunalpolitik zu machen. Schnell wurde erkennbar, dass man sehr viele gemeinsame Schnittstellen hat. Je-

doch konnte sich BÜNDNIS 90 / GRÜNE nicht aus der Umklammerung der CDU lösen, da man bereits 1994 eine Kooperation mit der CDU eingegangen war.

Somit blieb es bei der Patt-Situation im Stadtrat. Jedoch war es dennoch möglich, von Fall zu Fall eine Mehrheit für unsere Anträge in Zusammenarbeit mit der SPD und der FDP sowie den GRÜNEN in vielen Belangen wie z.B. in der Schulpolitik und Jugendhilfe zu erreichen. Dabei ist besonders zu erwähnen, dass es nur mit unserer Hilfe möglich wurde, nach langen Jahren endlich einen Jugendbeirat in Herzogenrath einzurichten.

### Einrichtung eines Jugendbeirates in Herzogenrath

Konzentriert, beharrlich und kompetent unter der Führung des Vorsitzenden Toni Ameis verrichtet die Fraktion ihre politische Arbeit, die zunehmend auch von den politischen Gegnern und der Herzogenrather Bevölkerung anerkannt wird.

Alleine den Ewiggestrigen innerhalb der CDU verursacht es „Bauchschmerzen“, dass nunmehr DIE LINKE in Herzogenrath erfolgreich ist.

Nach dem Ausstieg der CDU aus der Kooperation mit dem BÜNDNIS 90 / GRÜNE im Herbst 2010 wurden die Karten im Stadtrat neu gemischt. Schnell waren sich DIE LINKE sowie SPD und BÜNDNIS 90 / GRÜNE einig, eine neue gestalterische Mehrheit herzustellen. Diese ist nun auch in den Ausschüssen erkennbar und dient als Grundlage vor allem für eine konsequente Sozialpolitik. Ob diese neue Mehrheit zu einer festen Kooperation zwischen den Parteien DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90 / GRÜNE führt, wird die nahe Zukunft zeigen. Aber auch die aktuelle Konstellation ist gut für die Stadt Herzogenrath und ihre Bürger.

### Wolfgang Brose,

Sachkundiger Bürger im Rat der Stadt Herzogenrath und Städtereionstag Aachen

### Ihre Meinung ist uns wichtig!

eMail: wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

postalisch

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag  
Stichwort "Leserbrief"  
Haus der Städtereion  
Zollernstraße 16 | 52070 Aachen



### Fortsetzung: ... Notizen aus der Provinz ...



Da Schaufenster und Werbeflächen an den historischen Gebäuden ebenso knapp bemessen sind wie die Flächen für die Außengastronomie, fing irgendwann ein „Nichteinheimischer“ an, die Fläche vor seinem Ladenlokal großzügiger zu nutzen als sein Nachbar.

Frei nach dem Motto „was der kann, kann ich schon lange“, fing auch der Nächste an, sein Warensortiment auf dem Gehweg weitflächiger auszubreiten. Dies nahmen nun einige Gastronomen als Aufforderung, die Anzahl ihrer Tische und Stühle zu vergrößern. Überdies soll die Bürgermeisterin einem einzelnen Wirt versprochen haben, seine Außengastronomie erweitern zu dürfen. Dies war nach der Satzung zwar nicht zulässig – aber versprochen ist versprochen! Die Krönung aber war, dass ein Geschäftsmann – dem man nahegelegt hatte, er habe zuviel Kitsch vor seinem Laden stehen – einen Hirschkopf mit Sensor ausgestattet an der Hauswand befestigte, der fürderhin bei jedweder vorbeigehender laut und vernehm-



lich rührte. Dies brachte das Fass für einige honorige Altstadtbewahrer zum Überlaufen.

Dummerweise stellte sich heraus, dass die bestehende Satzung nicht rechtssicher war, und diesem Treiben somit kein Einhalt geboten werden konnte. Also wurde flugs mit einigen sachkundigen Altstadtbewohnern und Altstadt-Ratsleuten eine neue Satzung gefertigt, in der nun alles verboten bzw. stark reglementiert wird. Die Geschäftsinhaber, die mit schönen Auslagen und Dekorationen die Touristen erst an-

ziehen, hatte man jedoch übersehen – Pech gehabt, ebenso wie die wenigen Einzelhändler, die Waren des täglichen Gebrauchs anbieten. Sonderangebote dürfen nun nicht mehr in einem Warenständer vor dem Gebäude angeboten werden. Auch einen Postkartenständer sucht der interessierte Tourist jetzt vergeblich – alles bei Androhung einer hohen Ordnungsstrafe verboten! Ein begehbares Museum ohne Kitsch und Krepel. Blöderweise hat im Mittelalter niemand an die heutige Nutzung der Fenster als Aus-

### ... wenn's dem bösen Nachbarn nicht gefällt...

lage gedacht, sonst wären sie sicherlich um einiges größer ausgefallen. Dafür darf der Besucher nun in jedes Fenster hineinsehen – vielleicht verbirgt sich ja ein kleines Ladenlokal dahinter. Dies nennt man neudeutsch „Erlebnistourismus“ – Schilda lässt grüßen.

### Erika Krebs,

DIE LINKE im Rat der Stadt Monschau

## Kurz notiert

### Bedingungsloses Grundeinkommen

**Aachen** Zum Thema "Bedingungsloses Grundeinkommen" kurz BGE diskutierten am 7. April Befürworter und Skeptiker im Linken Zentrum. Aus der Versammlung heraus wurde der Wunsch geäußert einen Arbeitskreis zum selbigen Thema zu gründen. Am Dienstag 10. Mai ab 18.00 Uhr treffen sich Befürworter des BGE zu ihrer 1. Arbeitssitzung im Linken Zentrum. Wer an den Treffen teilnehmen möchte, ist herzlich eingeladen, auch wenn er/sie kein Mitglied der Partei DIE LINKE ist.

### Einwohnerfragestunden erweitert

**Aachen** Der Städtereionstag hat am 7.4.2011 einstimmig beschlossen, Einwohnerfragestunden auch in den Fachausschüssen einzuführen. Vorangegangen war ein Antrag der Oppositionsfraktionen SPD, FDP, UWG und DIE LINKE.

### Kernkraftresolution beschlossen

**Aachen** Mit knapper Mehrheit hat der letzte Städtereionstag eine Resolution von SPD und LINKE beschlossen, in der die Städtereion aufgefördert wird, mit allen Mitteln gegen die Erweiterung bzw. Neubau von Reaktoren im niederländischen Borssele vorzugehen. Auch auf die belgische Regierung soll eingewirkt werden, den von Aachen nicht weit entfernten Reaktor Tihange baldmöglichst vom Netz zu nehmen.

### „Bürgerarbeit“ floppt auch in der Region

**Aachen** Das von Bundesarbeitsministerin von der Leyen vollmundig angekündigte Modellprojekt Bürgerarbeit erweist sich als krasser Misserfolg. So stehen in der Städtereion bisher von 250 geplanten Bürgerarbeitsplätzen in diesem Jahr gerade mal sechs zur Verfügung. Streitpunkt ist die tarifliche Bezahlung von Bürgerarbeitern, sofern diese bei den Kommunen beschäftigt sind. Für die LINKE gilt: Wenn schon das wenig durchdachte Projekt durchgesetzt wird, dann nur zu Tariflöhnen und bei erwiesener Zusatzlichkeit.

### Kampagne "Steuer gegen Armut"

**Eschweiler** Mit Mehrheit hat der Stadtrat die Resolution "Steuer gegen Armut" verabschiedet, die der Linke-Stadverordnete Albert Borchardt einbrachte. Eschweiler ist einer der ersten Kommunen, die die Kampagne unterstützen.



19. April 2011 - 12:30

## Reichtumsuhr

Nettoprivatvermögen in Deutschland

**7.250.019.378.930**

Billionen Milliarden Millionen Tausend

Das reichste Zehntel besitzt davon

**4.539.232.585.509**

Billionen Milliarden Millionen Tausend

Das ärmste Zehntel besitzt

**-13.118.413.518**

Milliarden Millionen Tausend

Staatsverschuldung in Deutschland 1.947.361.064.641€



Fortsetzung: Regionale Arbeitsmarktpolitik in der Region Aachen

**Auch wenn ein Teil davon auf freiwilliger Basis erfolgt bzw. auf den unserer Region hohen Anteil an Studenten zurückzuführen ist, wird deutlich, dass ein nicht geringer Teil unterbeschäftigt und zudem zum Teil auf Aufstockung durch ALG II, Kinderzuschlag, Wohngeld etc. angewiesen ist. Beispielsweise mussten in 2010 im Jahresmittel fast 10.000 Erwerbstätige, darunter allerdings auch weit über 1.000 Vollzeitbeschäftigte, mit ALG II aufstocken.**

Damit stellen sich für die Arbeitsmarktpolitik zwei große Herausforderungen: Wie integriert man die Langzeitarbeitslosen, denen oftmals eine ausreichende schulische oder berufliche Qualifikation fehlt, in den Arbeitsmarkt? Und wie

nebenstehenden Beitrag - und vertraut den Selbstheilungskräften des herbeigeredeten Aufschwungs. Die Landesregierung in Düsseldorf ist zwar bereits deutlich aktiver als ihre schwarz-gelbe Vorgängerregierung. Eine Tarifbindung für Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bemühen, ist allerdings - obwohl vor den Wahlen von SPD und Grünen versprochen - bisher noch nicht auf den Weg gebracht worden.

Eine regionale Arbeitsmarktpolitik, die ihren Namen verdient, würde eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen voraussetzen. Zudem müssten für Bundesagentur für Arbeit bzw. Jobcenter ausreichende Planungssicherheit bestehen. Es ist nicht zielführend, sich in erster Linie um die gut vermittelbaren Hilfebedürftigen zu kümmern und die Langzeitarbeitslosen auf dem Abstellgleis zu be-

### Ziele linker Arbeitsmarktpolitik

Konkrete Ziele, zu deren Erreichung Bund, Land, Bundesagentur für Arbeit, Kommunen und weitere Beteiligten zusammenarbeiten müssen, sehen so aus linker Sicht so aus:

- ▶ Erreichung eines hohen Beschäftigungsstandes und Verbesserung der Beschäftigungsstruktur
- ▶ Verbesserung der Qualität von Arbeit.
- ▶ Sicherung und Verbesserung des qualitativen Beschäftigungsniveaus
- ▶ Vermeidung der Entstehung und Verkürzung der Dauer von Arbeitslosigkeit
- ▶ Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt
- ▶ Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen

schafft man ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen, die ausreichend bezahlt sind und den Beschäftigten Perspektiven bietet, also den Kriterien von „Guter Arbeit“ genügen?

Den Kommunen selbst sind durch die angespannte finanzielle Situation die Hände gebunden. Die Bundesregierung hat jüngst die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik massiv zurückgeführt - siehe

lassen. Und selbstverständlich brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn, eine Tarifbindung bei öffentlichen Aufträgen und eine aktive Wirtschaftspolitik, die Konjunkturschwankungen entgegen wirkt. Hier sind der Bund und das Land NRW in der Pflicht.

**Harald Siepmann,**

Fraktion DIE LINKE im Städtereionstag Aachen

Quellen für die Zahlenangaben:  
Bundesagentur für Arbeit

## Die Bundesregierung kürzt bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

Langzeitarbeitslose und schwer vermittelbare Menschen besonders betroffen



**Die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosigkeit geht zurück und wird bald unter die 3-Millionen-Marke fallen. Diese Meldungen hören sich gut an, und dementsprechend jubelt das regierende politische Berlin. Doch wie sieht es tatsächlich aus?**

Auf die Tatsache, dass immer mehr Menschen aus der offiziellen Arbeitslosenstatistik herausfallen (Ein-Euro-Jobber, Teilnehmer an Fortbildungsmaßnahmen etc.) und damit die wirkliche Arbeitslosenzahl verschleiert wird, soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.

Fragen wir uns stattdessen einmal, mit welchen Problemen sich das Jobcenter (früher ARGE) der Städtereion Aachen auseinandersetzen muss. Die Bundesregierung hat die Eingliederungsmittel, d. h. die Mittel für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, drastisch gekürzt. Für die Städtereion bedeutet dies für 2011 eine Reduzierung um ca. 15,7 Mio. Euro im Vergleich zu 2010. Und in den kommenden Jahren werden diese Mittel weiter zurückgehen.

Gefordert wird deshalb mehr „Wirtschaftlichkeit“ beim Einsatz der Eingliederungsmittel. Was bedeutet das? Es bedeutet eine stärkere Konzentration auf diejenigen Instrumente, die auf die Integration in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet sind, wie z. B. Qualifizierungsmaßnahmen für leicht vermittelbare Arbeitslose. Auf der Strecke bleiben dagegen immer mehr Langzeitarbeitslose und

**Allein die Mittel für die so genannten Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) sind von mehr als 12 Mio. Euro im Jahr 2010 auf 5 Mio. Euro in diesem Jahr reduziert worden.**

schwer vermittelbare Menschen (Ältere, Behinderte, Suchtkranke etc.), die im ersten Arbeitsmarkt keinen Platz mehr finden.

Allein die Mittel für die so genannten Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) sind von mehr als 12 Mio. Euro im Jahr 2010 auf 5 Mio. Euro in diesem Jahr reduziert worden. Was bedeutet dies für die betroffenen Menschen, und welche Schlüsse sind daraus zu ziehen?

Schauen wir uns als konkretes Beispiel den City-Service an. Die hier

tätigen Ein-Euro-Jobber haben laut dem Träger des Projektes, dem Sozialwerk Aachener Christen e. V., die Aufgabe, Informationen über Verunreinigungen und Vandalismus an die Stadt weiterzugeben, die Touristen über Sehenswürdigkeiten und Verkehrsmittel zu informieren, bei Veranstaltungen zu helfen und vieles mehr. Als dann auf Grund der oben genannten Kürzungen bei den Arbeitsgelegenheiten der City-Service zur Disposition stand, wurde von verschiedenen Seiten die Bedeutung dieses Projektes für die Stadt Aachen hervorgehoben.

Der City-Service sei zum Ansprechpartner für die BürgerInnen geworden und habe zum Beispiel erheblich zur Sauberkeit und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Burtscheider Kurviertel beigetragen. Auch seien durch die Präsenz des City-Service die Taschendiebstähle auf dem Weihnachtsmarkt um 30% zurückgegangen.

Nun soll der City-Service zwar u. a. durch Sponsoring in verkleinerter Form (12 MitarbeiterInnen für die Außenbezirke und 2-4 Personen für die Innenstadt) erhalten bleiben. Aber wir dürfen nicht verkennen, dass der City-Service den Menschen bisher so gut wie keine Chancen auf sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung eröffnet hat. Wenn, wie oben beschrieben, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des City-Service wichtige und gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichten, dann sollen hier die Ein-Euro-Jobs auch in existenzsichernde sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden.

Die LINKE fordert schon seit langem im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen die Schaffung neuer regulärer und tariflich bezahlter Arbeitsplätze. Finanziert werden können solche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen u. a. durch eine gerechtere Steuerpolitik, die Reiche und Unternehmen stärker zur Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben heranzieht.

**Leo Deumens,**

Sachkundiger Bürger im Rat der Stadt Aachen





Fortsetzung: *Gevatter Tod mit der Lizenz zum Gelddrucken oder Wie wir alle die tickenden Zeitbomben auch in unserer Nähe verdrängen*

Ein Erdbeben zerstört die Stromversorgung -> die Brennstäbe können nicht mehr mit Wasser gekühlt werden -> die Kernschmelze

beginnt bei 2.000 Grad Celsius, der GAU nimmt seinen Lauf. Alle weiteren Kühlversuche scheitern -> das Höllenfeuer erreicht eine Temperatur von 2.800 Grad Celsius -> auch die Urantabletten in den Brennstoffhüllen schmelzen -> es kommt zur Explosion, die den Reaktordruckbehälter zerfetzt, der GAU wird zum SUPER-GAU -> das radioaktive Material wird in die

Luft geschleudert -> der Wind weht wie meistens gen Osten - und ab geht die tödliche Luftpost -> verseucht Menschen, Tiere und Pflanzen auf Jahrzehnte - beim hochgiftigen krebserzeugenden Plutonium ist die Radioaktivität erst nach 24.000 Jahren auf die Hälfte abgeklungen.

Ein übertriebenes Horrorszenario? Mitnichten!

## Der Mensch ist nicht Herr der Natur

In Roermond bebte am 13.04.1992 um 03:20 Uhr die Erde mit einer Stärke von 5,9 auf der Richterskala - nur 100 Kilometer von Tihange entfernt, das zudem besonders gefährdet ist, da sich dort zwei tektonische Störungsrichtungen mit einem großen Zerstörungspotential kreuzen. Tihange liegt zudem am westlichen Rand der Niederrheinischen Bucht, wo ein starkes Erdbeben erwartet wird. Dieses kann morgen oder in 100 Jahren stattfinden. Exakt weiß dies niemand. Eines aber ist klar: das nächste Erdbeben kommt bestimmt - todsicher! Die konkrete Zerstörungskraft ei-

nes Erdbebens resultiert nicht allein aus seiner Magnitude. Sie hängt vielmehr davon ab, in welcher Entfernung zu einem Atomkraftwerk es stattfindet: Umso näher, umso geringer muss seine Stärke sein, um eine Havarie zu verursachen. Liegt das Epizentrum direkt unter einem Atomkraftwerk, reicht bereits eine geringe Stärke, um die Energieversorgung, die Bedingung für die Kühlung, zu unterbrechen.

Online weiterlesen:  
[www.wir-online.org](http://www.wir-online.org)

Django Schins, Aachen

## Wieder nur ein gewisses Restrisiko?



„Fracking“ heißt das Zauberwort, welches eine Förderung von Erdgas aus den tiefen Schichten der Erde wie Tonsteinen (shale-gas), Sandsteinen, Kalksteinen und Kohleflözen vorsieht.

Dieses Verfahren wird in den USA schon seit einigen Jahren durchgeführt und freut sich auch in Deutschland immer größerer Beliebtheit. Nein, nicht bei der Bevölkerung, die sich immer häufiger zu Bürgerinitiativen zusammenschließt, um sich gegen dieses höchst umstrittene Verfahren zu wehren, sondern bei den Energieriesen, die sich hier wieder höchste Gewinne versprechen ohne Rücksicht auf die entstehenden Folgeschäden.



Quelle: <http://www.treehugger.com/files/2010/06/gas-and-documentary-film-trailer-natural-gas-fracking.php>

Bürgerinitiativen, BUND, Greenpeace und DIE LINKE sind sich der Gefahren bewusst und befürchten, dass bei dieser Fördertechnik giftige Chemikalien und radioaktive Stoffe ins Grundwasser gelangen und dieses verseuchen könnten. Um an das Erdgas zu gelangen, muss das Muttergestein aufgebrochen werden. Danach werden große Mengen von mit Sand und Chemikalien vermischem Wasser unter hohem Druck in das Muttergestein gepresst, bis sich darin tiefe Risse bilden und so das Gas freigesetzt wird. Die Chemikalien bleiben teils im Boden. Teilweise werden sie mit dem Frackwasser, welches auch radioaktive Stoffe - welche in den tiefen Gesteinsschichten auf natürlicher Weise vorhanden sind - wieder zurück an

Quelle: [http://www.dielinke-nrw.de/nc/themen/gegen\\_gas\\_fracking/](http://www.dielinke-nrw.de/nc/themen/gegen_gas_fracking/)

die Oberfläche geholt. Die Entsorgung dieses Wassers ist aufgrund der hohen Belastung höchst problematisch!

Der US-Ölmulti ExxonMobil und die BASF-Tochter Wintershall haben sich schon die Rechte gesichert und NRW quasi unter sich aufgeteilt, um mit Probebohrungen zu beginnen. Bei diesen „Erkundungsbohrungen“ sind keine wasserrechtlichen Genehmigungen notwendig. Auch das Bergrecht ist völlig veraltet, da es beispielsweise vorsieht, dass nur eine Umweltverträglichkeitsprüfung stattfinden muss, wenn mehr als 500.000 Kubikmeter Gas pro Tag gefördert werden. Bei der Fracking-Methode wird es aber aller Voraussicht nach weniger sein. Eine Öffentlichkeitsbeteiligung oder eine Beteiligung der Grundeigentümer ist beim Bergrecht nicht vorgesehen. Dieses muss zum Schutze der Bevölkerung umgehend geändert werden!

Andrej Hunko MdB sagte nach einem Gespräch mit Mitarbeitern der BASF-Tochter Wintershall: „Insbesondere die Gefährdung des Grundwassers macht diese Technologie zur Hochrisikotechnologie. Völlig inakzeptabel ist die intransparente Aufteilung von NRW unter die großen Öl- und Gaskonzerne. Im Aachener Raum sollen in Kürze Probebohrungen stattfinden. Ich fordere einen sofortigen Stopp dieser Erkundungen“, so der Bundestagsabgeordnete der Linken.

Aufgrund dieses Gespräches ist eine Anfrage an die Verwaltung der Städteregion gestellt worden, in wie weit diese über die Planung von Probebohrungen in Kenntnis gesetzt wurden.

Über die Antwort der Verwaltung werden Sie in der Online- sowie der Printausgabe informiert!

Marika Jungblut,

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag Aachen

## Zeit sich einzumischen



Täglich sagen Politik und Medien, die öffentlichen Kassen seien leer und bedürfen einer gründlichen Sanierung. Um im globalen Wettbewerb zu bestehen, müssten die Steuern gesenkt werden, überwiegend für Unternehmen und Personen in höheren Einkommensklassen. Gekürzt und gestrichen werden staatliche Ausgaben jedoch überwiegend im sozialen Bereich.

Vor diesem Hintergrund sind Städte und Gemeinden gezwungen, ihren Haushalt zu gestalten. Da die entsprechenden Mittel aber fehlen, werden sogenannte Haushalts-sicherungskonzepte (HSK) aufge-

der dramatischen Entwicklung der städtischen Finanzen ist es legitim und notwendig neue Einnahmequellen zu erschließen. Umso unverständlicher ist es, eine „Bettensteuer“ abzulehnen, die Eschweiler 55.000 bis 65.000 Euro Einnahmen bringen würde. Diese Steuer würde die Hoteliers belasten, denen die Bundesregierung gerade 12 Prozent Umsatzsteuer geschenkt hat. Für lebendige Städte und Gemeinden benötigt es dringendst eine umfassende Gemeindefinanzreform.

Sporteinrichtungen, Vereine, die öffentliche Bibliothek oder das Schwimmbad, kulturelle Veranstaltungen und auch die Jugendarbeit, diese Dinge machen erst die Lebens- und Bildungsqualität einer jeden Stadt aus und sind keinesfalls Luxus. All diese Punkte gehören in die Kategorie der freiwilligen Leistungen eines Haushaltsplans der Gemeinde. Bei einem Gesamtetat von 138 Millionen Euro, bedeuten 1,8 Millionen Euro „Freiwilliger Leistungen“ gerade mal knapp 1,5 Prozent kommunale Selbstverwaltung. Aber gerade hier wird der Rotstift angesetzt, wenn die Stadt zu wenig Mittel vom Land bekommt.

Wir leben in einem reichen Land, es muss keine verarmten Kommunen geben. Es ist Zeit, sich einzumischen, für jeden von uns. „Wenn nicht ich, wer denn“, sollte der Slogan heißen. Das Schlimmste, was man sich und der Welt antun kann, ist Untätigkeit. Es gibt also genug Gründe und auch Möglichkeiten, sich zu engagieren und einzumischen. Demokratie ist nur dann gerecht, wenn alle mitmachen.

Wir leben in einem reichen Land, es muss keine verarmten Kommunen geben.

Es ist Zeit, sich einzumischen, für jeden von uns. „Wenn nicht ich, wer denn“, sollte der Slogan heißen. Das Schlimmste, was man sich und der Welt antun kann, ist Untätigkeit. Es gibt also genug Gründe und auch Möglichkeiten, sich zu engagieren und einzumischen. Demokratie ist nur dann gerecht, wenn alle mitmachen.

Albert Borchardt

DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler

Quelle: \*attac Kommunen aus der Krise steuern!

„Neues schaffen heißt Widerstand leisten. Widerstand leisten heißt Neues schaffen“

Stéphanne Hessel

legt. Im HSK soll erreicht werden, wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu erhalten. In diesem Jahr wird das Defizit in Eschweiler 25 Millionen Euro betragen. Ohne eine umfassende Gemeindefinanzreform wird Eschweiler nach 2016 erneut ein Defizit aufweisen. Für die Einwohnerinnen und Einwohner bedeutet dies höhere Gebühren, zum Beispiel bei Bus und Bahn, Schließung öffentlicher Einrichtungen wie Bücherei oder Schwimmbad. Dieses Schicksal hat in NRW schon einzelne Kommunen getroffen, wie etwa Wuppertal.

Der kommunale Anteil am Gesamtsteueraufkommen beträgt nach jahrelangen Kürzungen derzeit nur noch 12 Prozent. Um jedoch effektiv aus eigener Kraft die Geschicke einer Stadt gestalten zu können benötigt es 20 Prozent\*. Angesichts



## Dorothee Menzner in Aachen

### Themen: Gorleben und das Atomdesaster von Fukushima

Eingeladen hatte der LINKE Arbeitskreis Umwelt in Aachen die energiepolitische Sprecherin der LINKEN Bundestagsfraktion Dorothee Menzner und den lokalen Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko. Dorothee Menzner erläuterte umfassend den Zwischenstand des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Thema Gorleben, sowie die Ereignisse in Japan und die Situation in den dortigen Atomanlagen. Einen wichtigen Schwerpunkt nahmen die Positionen und Forderungen der LINKEN zu einem unverzüglichen und unumkehrbaren Atomausstieg ein.

Der Gorlebener Salzstock soll zu einem Endlager für hochradioaktiven atomaren Müll ausgebaut werden. Der Untersuchungsausschuss prüft, ob die Benennung in den 70 er Jahren auf-

grund fachlicher Kriterien erfolgte oder aus politischer Opportunität. Anhand des von der LINKEN aufgedeckten Vorgangs über die Gasbohrungen auf der ostdeutschen Seite des Salzstocks erläuterte Menzner exemplarisch die Ignoranz und politische Unterdrückung mißliebiger Fakten durch die politisch Verantwortlichen. Ein Beispiel von vielen, das zeigt, dass ein Netzwerk aus Politik, Wirtschaft und Atomlobby mit geradezu krimineller Energie unangenehme Wahrheiten vertuschte und Kritiker mundtot machte.

Die Versammlung stand unter den Eindruck der unfassbaren Ereignisse der havarierten Atommeiler von Fukushima. Profitgier und die Ignoranz der Atomlobby vor den Gefahren nehmen 35 Millionen Menschen im Großraum von Tokio



in Geiselschaft. Dabei hätte man spätestens nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl wissen können, dass Sicherheit und Atomenergie sich ausschließen. Was auch für die deutschen Meiler gilt. Bereits vor Fukushima wussten wir aufgrund der ellenlangen Pannenstatistik, dass sie weder sicher noch für außergewöhnliche Störfälle ausgerüstet sind.

Das dreimonatige Moratorium der Bundesregierung ist eine Mogelpackung, weil es rechtlich nicht bindend ist und vielmehr ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver darstellt. Die Haltung der Linksfraktion ist glasklar. Die ältesten Atomkraftwerke plus der Pannenmeiler Krümmel dürfen nie wieder an das Netz. Die übrigen Atomkraftwerke sind unverzüglich abzuschalten.

Damit sich kein Energieriese mehr die Politik gefügig machen kann, muss der Ausstieg im Grundgesetz abgesichert werden. Mit aller Kraft müssen wir stattdessen regenerative Energieträger ausbauen, Energie sparen, moderne Energiespeicher entwickeln und die Energieeffizienz fördern. Aber auch ein Exportverbot für Atomtechnologie die der militärischen oder energetischen Nutzung dienen kann, sowie internationale Initiativen sind zu ergreifen.

Andrej Hunko als Mitglied im Europaausschuss des Bundestages informierte eingehend über die internationalen Notwendigkeiten.

**Dirk Makowski,**

Für den AK Umwelt, Verkehr, Stadtplanung STR Aachen



## Bei einem Reaktorunfall kann niemand helfen. Leben ist eine prima Alternative!

**Seit Jahrzehnten ist bekannt, dass Atomenergie nicht beherrschbar ist. „Jedes Kernkraftwerk weist gefährliche Sicherheitsmängel auf... und es zu schweren Kernschmelzunfällen kommen kann... Bei einer Kernschmelze kommt es sehr schnell zu massiven Freisetzen von Radioaktivität...“ Nachzulesen in veröffentlichten Studien der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS). Es gibt in Wahrheit nur marginale Unterschiede von etwas mehr oder etwas weniger Unsicherheit. Jedes AKW auf der Welt ist eine tickende Zeitbombe.**

Jede zusätzliche Strahlenbelastung führt bei Menschen und Tieren zu Chromosomenbrüchen und damit zu Missbildungen und gefährlichen Krankheiten. Und das über viele nachfolgende Generationen. Radioaktive Substanzen kommen in die Nahrungskette und vergiften unsere Nachkommen.

Der Atomreaktorunfall in einem Hightech-Land wie Japan ist keine Naturkatastrophe, sondern zwangsläufige Folge einer fehlsichtigen und verantwortungslosen Politik, die dem kurzfristigen

Profit durch lebensgefährliche Produkte (Genetechnologie, Atomtechnologie, Rüstungstechnologie, Erdöltechnologie, Agrartechnologie, etc.) einer global agierenden Großindustrie und Finanzwirtschaft dient. Damit muss endlich Schluss sein! Wir brauchen nachhaltige, vernünftige, für die regionale und kleinräumige Versorgung der Weltbevölkerung förderliche Produktion, die der gesunden Lebensumwelt und den natürlichen Lebensgrundlagen der Lebewesen auf unserem Planeten endlich Priorität verleiht.

Aus der Hiroshima- und Tschernobyl-Forschung sind die langfristigen Schäden der Verstrahlung bekannt; insbesondere Leukämien und Schilddrüsenkrebs, welche schon nach 2 bis 3 Jahren nach einer „Bestrahlung“ auftreten können. Krebskrankheit der Brust, der Lungen und des Magen-Darmtraktes. Hirnbluten und Herz-Kreislaufkrankungen mit Todesfolge können ebenso Ergebnis von freigesetzter Radioaktivität sein. Genetische Schäden treten zu 90 % bei der nachfolgenden Generation auf.

Aufwändige Langzeitstudien hierzulande haben gezeigt, dass in exponierten Gebieten diese

Krebsarten bereits ohne eingetretenen Super-Gau signifikant häufiger auftreten. Kinder und Jugendliche sind davon häufiger und schneller betroffen. Allein schon die Lagerung des atomaren Mülls ist eine Gesundheitsgefährdung für Mensch und Umwelt auf tausende von Jahren. Das betrifft uns in direkter Nähe mit Jülich und Tihange.

Wenn große Mengen Strahlung durch Freisetzung von Radioaktivität in die Umwelt gelangen, hat das Folgen unvorstellbaren Ausmaßes für das Leben auf unserem Planeten. Das Gefasel der Kanzlerin Merkel von ‚Moratorium‘ und ‚Kernkraftwerke überprüfen‘ und ‚ggf. nachrüsten‘ ist angesichts dieser Gefahr für die Welt unverantwortlich. Wir verlangen, dass die Bundesregierung sich gegen den Widerstand von EnBW, RWE und E.ON durchsetzt und entscheidet: Sofort Abschalten! Alle Kernkraftwerke! Politik ist heilbar. Die Atomenergie- und Atomwaffenlobby sind es nicht. Wir haben uns entschieden: Kampf dem Atomtod!

**Michael C. Bredohl**

Für den AK Gesundheit und Soziales STR Aachen



## Kein Platz für Neonazis

Über 1000 GegendemonstrantInnen aus vielen Städten NRW und anderen Bundesländern sowie aus Belgien und den Niederlanden kamen, um die Blockaden des "Bündnisses gegen den Naziaufmarsch in Stolberg" zu unterstützen. Darüber hinaus gab es viel Zuspruch und Unterstützung von Seiten der Stolberger Bevölkerung.

Der Ablauf des Naziaufmarsches wurde zu Anfang von 700 Menschen am Hauptbahnhof und im Laufe des Tages durch viele kleinere Blockaden auf Schienen und Straßen um vier Stunden verzögert. Doch auch die Proteste des Vorjahres zeigten Erfolg, da deutlich weniger Nazis als im Vorjahr durch Stolberg zogen, um ihrer menschenverachtenden und nationalsozialistischen Propaganda Ausdruck zu verleihen.

Während die Polizei den Aufmarsch der Nazis wieder einmal durchsetzte, hielt sie einen größeren antifaschistischen Demonstrationszug zur angemeldeten Kundgebung mit kaum nachvollziehbaren Argumenten mehrere Stunden auf. So kam beispielsweise einem Polizisten ein Dienstplan abhanden, worauf die gesamte



Demonstration des Diebstahls bezichtigt wurde, bis die Polizeiführung nach einer geschlagenen Stunde feststellte, dass ihr eigenes Vorgehen rechtswidrig war. Mit solchen und ähnlichen Taktiken wurde immer wieder versucht, jede antifaschistische Bewegung in Stolberg einzuschränken. Die Politik der Aachener Polizeiführung, die entgegen dem Gebot der Verhältnismäßigkeit den Naziaufmarsch durchsetzte, empfindet das Bündnis als skandalös. Nicht zuletzt die ASEAG ermöglichte den Aufmarsch der Neonazis, indem sie Busse für den

Hin- und Rücktransport bereitstellte. Diese politische Entscheidung des Aachener Busunternehmens hält das Bündnis für nicht tragbar!

Das Bündnis gegen den Naziaufmarsch in Stolberg wird im nächsten Jahr mit noch mehr Menschen den anstehenden Naziaufmarsch verhindern!

+++Pressemitteilung des Bündnisses gegen den Naziaufmarsch in Stolberg (Rhld.) 2011+++

## Rotes Sommerfest am Blausteinsee

Sonntag, 7. August 2011

ab 11 Uhr mit Politischen Fröhschoppen

Am ersten Sonntag im August möchten wir wieder mit Ihnen/Euch gemeinsam unser Sommerfest feiern. Nach Alsdorf und Walheim geht es diesmal zum Ostzipfel unseres Kreisverbands, an den Blausteinsee in Eschweiler, wo wir den Grillplatz Dürwiß gemietet haben. Natürlich könnt ihr gerne Familie, Freundinnen und Freunde mitbringen.



[www.linkswest.de](http://www.linkswest.de)

## Linker Arbeitskreis Betrieb & Gewerkschaft – immer auf Seite der Beschäftigten

Der linke Arbeitskreis Betrieb & Gewerkschaft gründete sich bereits im Jahre 2006, noch bevor es die Partei DIE LINKE selbst gab. Ihm gehörten zu Beginn Mitglieder der PDS, WASG aber auch parteiungebundene Personen an. Bis heute versteht sich der Arbeitskreis (AK) als offen für alle gewerkschaftspolitisch Interessierten, unabhängig von ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Zugehörigkeit.

Wichtig war und ist für den AK der Einsatz für die Interessen der Beschäftigten. Ob Betriebs-schließungen wie bei Vetrotex in Herzogenrath oder Gates in Aachen, ob Tarifikämpfe wie bei den Lokführern oder den Kita-Mitarbeiterinnen. Der AK stand immer solidarisch auf Seite der abhängig Beschäftigten.

Daneben bietet der AK auch Veranstaltungen mit auswärtigen Referenten an. Hierbei ist es besonders wichtig, den Kontakt zu Hauptamtli-

chen oder Vertrauenslauten in den Gewerkschaften zu halten. Darüber hinaus beschäftigt sich der AK auf seinen Treffen auch mit theoretischen Fragen wie der Diskussion zur Zukunft einer Wirtschaftsdemokratie, die über die bestehenden Mitbestimmungsregelungen hinausgeht.

Auch zur aktuellen Programmdebatte der Partei DIE LINKE konnte der AK wichtige Beiträge dazusteuern, die über die gewerkschaftspolitische Debatte hinausreichen. So liegen uns insbesondere auch Sozial-, Steuer- und Wirtschaftspolitik am Herzen.

Der Arbeitskreis trifft sich in der Regel an jedem vierten Dienstag im Monat im Linken Zentrum in der Augustastr. 69, 52070 Aachen.

**Harald Siepmann,**

Für den AK Betrieb & Gewerkschaft STR Aachen

# Mitglied werden. Hier und jetzt!

## DIE LINKE.

### Adresse

#### DIE LINKE Städteregion Aachen

Augustastr. 69, 52070 Aachen  
E-Mail: [kontakt@dielinke-aachen.de](mailto:kontakt@dielinke-aachen.de)  
[www.dielinke-aachen.de](http://www.dielinke-aachen.de)  
Tel. 0241-9902531  
Fax 0241-9905228

#### Linkes Zentrum

Augustastr. 69, 52070 Aachen  
Tel. 0241-99063820  
Öffnungszeiten  
Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

### Arbeitskreise

#### Arbeitskreis Umwelt, Verkehr, Stadtplanung

Linkes Zentrum  
Treffen jeden Freitag ab 18.00 Uhr  
[www.dielinke-aachen.de/ak/umwelt](http://www.dielinke-aachen.de/ak/umwelt)

#### Arbeitskreis Gesundheit und Soziales

Linkes Zentrum  
Treffen jeden 2. Mittwoch im Monat ab 18.00 Uhr  
[www.dielinke-aachen.de/ak/soziales](http://www.dielinke-aachen.de/ak/soziales)

#### Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaft

Linkes Zentrum  
Treffen jeden 4. Dienstag im Monat ab 18.00 Uhr  
[www.dielinke-aachen.de/ak/bug](http://www.dielinke-aachen.de/ak/bug)

#### Linksjugend [solid]

##### Aachen

Linkes Zentrum  
Treffen jeden Dienstag ab 19.00 Uhr  
<http://linksjugendsolidaachen.blogspot.de/>

##### Eschweiler

"Dilo" | Aachener Str. 119 | 52249 Eschweiler  
Treffen jeden Samstag ab 18.00 Uhr  
[www.dielinke-eschweiler.de/ov/linksjugend](http://www.dielinke-eschweiler.de/ov/linksjugend)

Wer an den Treffen der Arbeitskreise teilnehmen möchte, ist freundlich eingeladen, auch wenn er/sie kein Mitglied der Partei DIE LINKE ist. Natürlich wird eine gewisse Nähe zu unseren Positionen vorausgesetzt.

**Adressen**

**Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag**

Haus der Städteregion: 1. OG, Raum E 178,  
Tel.: 0241 / 5198 3305  
Zollernstraße 10 | 52070 Aachen  
eMail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de  
www.dielinke-staedteregionstag.de

**Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen**

Habsburgerallee 11-13 | 52064 Aachen  
3.OG, Raum 369, Tel.: 0241 / 432 7244  
eMail: fraktion.dielinke@mail.aachen.de  
www.fraktion-dielinke-aachen.de

**Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Herzogenrath**

Rathausplatz 1, 1.OG, Raum 105, Tel.: 02406 / 83121  
eMail: fraktion@linke-herzogenrath.de  
www.dielinke-herzogenrath.de  
Postadresse: Fraktion DIE LINKE

Im Rat der Stadt Herzogenrath

Postfach 1280 | 52112 Herzogenrath  
**Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Stolberg**  
Villa Lynen | Rathausstr. 44 | 52222 Stolberg  
1.OG, Raum 104 / 105, Tel.: 02402 / 76683-20  
eMail: dielinke.fraktion@stolberg.de  
www.dielinke-stolberg.de

Bürgersprechstunde jeden Donnerstag 15:00 bis 17:30 Uhr

Fraktionssitzungen (14tägig) montags ab 19:00 Uhr

**DIE LINKE im Rat der Stadt Alsdorf**

**Hartmut Knippschild**  
Rathaus Hubertusstr. | 52477 Alsdorf  
eMail: Alsdorf.Linke@alsdorf.de  
www.dielinke-alsdorf.de | Tel.: 0160/5518854

**DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler**

**Albert Borchardt**  
Johannes-Rau-Platz 1 | 52249 Eschweiler  
eMail: albertborchardt@dielinke-eschweiler.de  
www.dielinke-eschweiler.de | Tel: 0179/648 3205  
Bürgersprechstunde und Sozialsprechstunde  
jeden 3. Montag im Monat  
jeweils 15:30 - 18.30 Uhr | Rathaus, Raum 13

**DIE LINKE im Rat der Stadt Monschau**

**Erika Krebs**  
Bürgerforum 21 / DIE LINKE  
Laufenstrasse 84 | 52156 Monschau  
Raum 503 | Tel.: 02472 / 81266  
erika.krebs@dielinke-aachen.de  
www.dielinke-nordefel.de

**Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB**

Augustastrasse 69 | 52070 Aachen  
Telefon 0241/990 6825-0 | Telefax 0241/990 6825-1  
eMail: andrej.hunko@wk.bundestag.de | www.andrej-hunko.de  
Sprechzeiten: Montags 11 bis 13 Uhr, Donnerstags 17 bis 19 Uhr und nach Vereinbarung  
Sozialsprechstunde Bundestagesbüro Andrej Hunko  
Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat ab 17.00 Uhr

Das Lösungswort des Quiz in der letzten Ausgabe lautet **LINKE**. Die Redaktion gratuliert dem Gewinner Wofgang Weißhuhn aus Aachen.

Interessante Veranstaltungen und Vorträge zu diversen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Themen bietet die Evangelische Stadtakademie Aachen:

**Evangelische Stadtakademie Aachen**

Haus der Evangelischen Kirche  
Frère-Roger-Straße 8-10 (früher: Michaelstraße)  
52062 Aachen | Telefon: 0241/453-162  
email: info@stadttakademie-aachen.de

**Erwerbslosenberatung gibt es u.a. an folgenden Stellen:**

**Beratungsstelle Aachen - Berufsverband d. KAB Diözese Aachen e.V.**

Beratungsstelle, Ämterbegleitung | Nordrhein-Westfalen  
St.-Josefs-Platz 1 52068 Aachen  
Telefon: 0241 51 000 755 | Fax: 0241 51 000 848  
kab-beratungsstelle@web.de | http://kab-aachen-eifel.de/

**KAB Bezirksverband Aachen Stadt/Eifel / Andris Gulbins**

Beratungsstelle, Erwerbslosen- oder Sozialhilfeinitiative, Ämterbegleitung | Nordrhein-Westfalen  
KAB Bezirksverband Aachen Stadt/Eifel / Andris Gulbins  
Martinstr. 6 | 52062 Aachen  
Telefon: 0241 4001860 | Fax: 0241 4001864  
hartz4-gruppe-kab@gmx.de | http://kab-aachen-eifel.de

**Unterwegs mit "WIR"**

Ehrenamtliche Zeitungsboten versorgen Nachbarschaft, Betrieb oder Schule mit **WIR**. Albert Borchardt ist einer von ihnen. Die rote Zeitungstasche geschultert, bestückt er die Briefkästen in seiner Nachbarschaft wie hier in Hücheln.



Haben auch Sie ein Foto, das zeigt, wie Sie **WIR** verteilen? Wir freuen uns auf Ihre Zusendung!  
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

"WIR" bestellen und in der Nachbarschaft verteilen:  
Einfach eine E-Mail an wir-redaktion@dielinke-aachen.de

**Eile ist geboten!**

Anträge auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket können bei folgenden Stellen gestellt werden: Für Hartz-IV-Bezieher ist grundsätzlich das Jobcenter der Städteregion zuständig. Für alle anderen Anspruchsberechtigten ist die jeweilige Kommune zuständig. Die notwendigen Formulare gibt es in den Rathäusern und Jobcenter-Stellen sowie im Internet (www.jobcenter-staedteregion-aachen.de). Um rückwirkend Leistungen zu erhalten und keine Fristen zu versäumen, kann man zunächst auch formlos einen Antrag stellen und erforderliche Unterlagen später nachreichen.

	9		5		6	4		
		5			8		6	3
1		4	3		2	9		8
4	8		7				2	
		9		6		3		
3	4						1	9
7	5	6			3			
		2			7	5	3	

Copyright 2007 by Michael Jentsch (M.Jentsch@web.de) - www.sudoku-ebook.de  
This wotk is licensed under a Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Germany License.

**WIR**



**Bestellschein:**

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. im Städteregionstag erhalten.  
Bitte schicken Sie "WIR in der Städteregion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5198 3305

**Impressum:**

**WIR in der Städteregion**

Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen

**e-mail:**

wir-redaktion@dielinke-aachen.de  
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

**Redaktion**

Harald Siepmann (zugleich v.i.S.d.P.),  
Robert Boltz, Albert Borchardt,  
Marika Jungblut, Dirk Makowski,  
Andreas Müller, Django Schins

**Layout**

Andreas Becker, Albert Borchardt

**Fotos:**

www.pixello.de, wikimedia commons,  
Archiv Linksfaktionen AC, Archiv KV Städteregion Aachen, Archiv DIE LINKE NRW

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Druck**

Brimberg, Aachen

**Auflage**

25.000

Dank an alle, die das Erscheinen dieser Ausgabe möglich gemacht haben, und Dank auch an alle, die sie in die Welt hinaus tragen.

Ihr seid toll.

**Nächste Ausgabe:**

Redaktionsschluss 17. Juli 2011  
Ausgabe: August/September 2011